

Starke Kommunen für ein gerechtes Land

(1) Unsere Kommunen - das Fundament der sozialen Demokratie

Die SPD ist wie keine andere Partei Partnerin der Kommunen. Sie ist ihrem Programm und ihrer Verwurzelung nach die Kommunalpartei in Deutschland. Viele tausend ehren- und hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der SPD arbeiten Tag für Tag in Stadträten, Gemeindevertretungen und Kreistagen, in Rathäusern und Kreisverwaltungen an der Gestaltung gerechter und zukunftsfähiger Lebensbedingungen. Fünfzehn der zwanzig größten deutschen Städte werden von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert. Auch in vielen kleineren Städten und Gemeinden und in den Landkreisen tragen wir Verantwortung. Das ist unsere Basis und dokumentiert unsere Verantwortung für eine lebendige und starke kommunale Selbstverwaltung. Ihr stellen sich im kommenden Jahr zahlreiche Kandidatinnen und Kandidaten der SPD bei Kommunal- und Direktwahlen in elf Bundesländern. Wir werden gemeinsam für intakte und lebenswerte Städte, Gemeinden und Kreise als Fundament für gesellschaftlichen Zusammenhang und soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Alle großen Herausforderungen und Probleme, aber auch alle Chancen und Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung bilden sich in unseren Städten, Gemeinden und Kreisen ab. Ob es die ökonomischen Umbrüche einer globalisierten Wirtschaft, die Auswirkungen des demographischen Wandels oder der Klimaveränderungen sind: Sie werden in den Kommunen sichtbar. Gleichzeitig bilden Städte, Gemeinden und Kreise in unserer Gesellschaft den Raum für direkte politische Mitgestaltung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Im Alltag der Menschen vor Ort, im nachbarschaftlichen Umfeld können Grundwerte gelebt werden: Freiheit und Verantwortung, Teilhabe und Solidarität. Deshalb hat die solidarische Gesellschaft ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den Alltag der Menschen prägen. Hier entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob Menschen mit Behinderungen überall teilhaben können, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Das gilt für die ländlichen Regionen und die großen Städte gleichermaßen. Es ist die überschaubare kommunale und regionale Lebenswelt mit ihrer einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft und Sicherheit im Wandel bietet.

Fortschritt, Solidarität und Gerechtigkeit als zentrale Versprechen der sozialen Demokratie sind deshalb von intakten und lebensfähigen Kommunen abhängig. In den Städten, Kreisen und Gemeinden wird die Infrastruktur erhalten und ausgebaut, die für unsere wirtschaftliche Entwicklung und für die Lebensqualität der Menschen existenziell ist. Hier werden die Dienstleistungen bereitgehalten, damit unsere Kinder eine Lebensperspektive erhalten. Hier wird gleichberechtigte und inklusive Teilhabe für alle Menschen verwirklicht und jenen geholfen, die auf unsere Solidarität angewiesen sind. Die Stärkung unserer Städte, Gemeinden und Kreise und die Lösung ihrer Probleme sind uns deshalb ein Kernanliegen.

Die Herausforderungen, vor denen unsere Kommunen heute stehen, sind sehr unterschiedlich. In einigen Städten und Gemeindeführt der demographische Wandel zu einer Abnahme der Bevölkerung, andere Städte wachsen beständig. Besonders junge Familien, Studierende aber auch immer mehr Ältere zieht es in die Stadt. Hierauf müssen Städte und Gemeinden mit einer Anpassung ihrer Infrastruktur und mit der Weiterentwicklung von Angeboten reagieren. Dabei sind die Ansprüche an öffentliche Leistungen keineswegs gesunken. Sie wachsen und verändern sich qualitativ. Erwartet werden ein gleichberechtigter Zugang zu öffentlichen Gütern und deren gerechte Verteilung. Soziale und ökologische Ziele sollen gleichermaßen beachtet werden. Klimaschutz und Energiewende eröffnen neue Chancen, verlangen aber ebenso einen veränderten Markt und Investitionen in dezentrale Strukturen vor Ort.

Unsere Kommunen in die Lage zu versetzen, diese Herausforderungen zu meistern, bildet eine zwingende Voraussetzung für Wohlstand und Fortschritt in der sozialen Demokratie. Allerdings ist die dafür notwendige Handlungsfähigkeit zunehmend in Frage gestellt. Eine anhaltende Überforderung durch den Vollzug und die Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben hat zu einer schwerwiegenden strukturellen Unterfinanzierung vieler Städte, Gemeinden und Kreise geführt. Selbst in einer Situation mit konjunkturbedingt hohen Einnahmen für die öffentliche Hand steigt die kurzfristige Verschuldung ungebremst. Zahlreiche Kommunen müssen laufende Ausgaben mit Kassenkrediten finanzieren. Ihre Investitionstätigkeit geht weiter zurück. Es wächst die Schere zwischen einnahmestarken Kommunen und solchen, die unter Strukturproblemen und einer hohen sozialen Ausgabenlast leiden. Dieser Entwicklung kann nur dadurch Einhalt geboten werden, dass die Finanzausstattung der Kommunen aufgabengerecht ausgestaltet wird. Hierin sehen wir eine gesamtstaatliche Aufgabe, bei der auch der Bund in der Pflicht steht. Die SPD hat sich dazu wiederholt bekannt, zuletzt mit ihrem Regierungsprogramm für die Bundestagswahl im September 2013. Auf ihrem Konvent am 27. September 2013 hat sie die Stärkung der Kommunen als eine ihrer Kernforderungen an die Politik einer neuen Bundesregierung formuliert.

Mit unserer Politik für Städte und Gemeinden stellen wir also wichtige Weichen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt. Deshalb ist es das vordringliche Ziel unserer Politik, Städte, Gemeinden und Kreise als Wirtschafts- und Wohnstandorte zu stärken, ihre kulturelle Vielfalt und die Umwelt- und Lebensqualität ebenso zu bewahren wie ihren sozialen Zusammenhalt. Die soziale Stadtentwicklung ist ein Markenzeichen im Rahmen des Profils der SPD als Partei des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit. Die soziale Gesellschaft beginnt in der sozialen Kommune.

(2) Unsere Politik – für Teilhabe und intakte Lebenswelten in den Städten, Gemeinden und Kreisen

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land sichern

Wir wissen um die ökonomische Stärke und die wirtschaftlichen Erfolge unseres Landes, sehen aber auch die wachsenden Unterschiede zwischen Regionen, Städten und Gemeinden. Neben ökonomisch starken Gebieten gibt es zunehmend solche Bereiche, die aufgrund des demographischen Wandels und den Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur nicht mehr mithalten können. Trotz der positiven ökonomischen Entwicklung in den letzten Jahren steht

Deutschland vor einer großen struktur- und regionalpolitischen Herausforderung. Es gilt, eine wachsende Disparität zwischen den Kommunen, zwischen Stadt und Land zu vermeiden, da sie erhebliche Konflikte und Verteilungsprobleme nach sich zieht. Die Vernachlässigung oder gar die Aufgabe ganzer Quartiere und Landstriche würde dramatische Folgekosten verursachen, die den Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt bedrohen.

Die SPD bekennt sich deshalb zum Leitbild gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir begreifen dieses Ziel als Auftrag und solidarische Beistandspflicht zwischen allen Teilen Deutschlands. Wer aus einem strukturschwachen Gebiet stammt, muss vergleichbare Chancen bekommen, wie jemand, der aus einer prosperierenden Region kommt. Daher müssen auch die schwächeren Regionen über handlungsfähige Kommunen verfügen, die ihrem Daseinsvorsorgeauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse nachkommen können. Sie dazu in die Lage zu versetzen, ist die zwingende Voraussetzung für Wohlstand und Fortschritt in der sozialen Demokratie.

Zugleich verteidigen wir die föderale Aufgabenteilung und die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland. Wir werden unsere Städte, Gemeinden und Kreise im Sinne einer dauerhaften Partnerschaft dabei unterstützen, ihre finanzielle und soziale Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen und zu sichern. Damit bekennen wir uns zur gesamtstaatlichen Verantwortung des Bundes für die Kommunen in Deutschland und stehen für ein abgestimmtes, zielführendes Handeln von Bund, Ländern und Gemeinden. Dies muss in der neuen Legislaturperiode eine solidarische Weiterentwicklung der Aufgaben- und Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen einschließen. Unser Leitmotiv hierbei ist das eines solidarischen Föderalstaats, der die notwendige Trennung von Verantwortlichkeiten mit einer wirksameren Politikkoordination und der gemeinsamen Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen verbindet. Dies bietet gerade für die Kommunen die Voraussetzung dafür, um ihren Beitrag zur Bewältigung der gegebenen Zukunftsaufgaben abzusichern: der Gestaltung des demographischen Wandels, der Bewältigung der öffentlichen Schuldenkrise, der Umsetzung der Energiewende und der Sicherung des Sozialstaates.

Präventive Bildungs- Familien und Sozialpolitik verfolgen, Inklusion leben

Mit der Leitidee der Vorsorge und Initiativen zu einer besseren Bildung und Betreuung von Kindern und jungen Menschen hat die SPD die Diskussion um eine notwendige Neuorientierung in der Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik geprägt. Wir waren und sind es, die die sozialen und bildungspolitischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte maßgeblich erkämpft haben und sie durch eine stetige Weiterentwicklung verteidigen. Wir sehen darin keinen gesellschaftlichen Kostenfaktor, sondern eine Errungenschaft und einen produktiven Beitrag zu einer friedlichen Gesellschaft, deren Zusammenhalt Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum sichert. Dabei ist es unser Anspruch, dass Menschen erst gar nicht in eine umfassende Abhängigkeit von staatlichen Transfers geraten, sondern von frühester Jugend an zu einem selbstbestimmten und eigenständigen Leben befähigt werden.

Gerade in einer alternden Gesellschaft und angesichts der unveränderten Bedürftigkeit vieler Menschen stellt Bildung die beste Investition in die Leistungsfähigkeit und in die Vermeidung von sozialer Not dar. Nirgendwo wird dies so sehr sichtbar wie in den Kommunen, wo unsere Schulen stehen, Kitas gebaut und unterhalten und Sozialleistungen erbracht werden müssen.

Umso wichtiger ist es daher, für eine solide und verlässliche Finanzierung der bestehenden und künftigen Aufgaben in der Bildungs- und Familienpolitik zu sorgen. Die SPD will dafür deutlich mehr Mittel einsetzen. Um auch in den Kommunen neue Investitionen tätigen und dauerhaft anfallende Betriebs- und Unterhaltungskosten für Krippen-, Kita- und Ganztagesplätze bestreiten zu können, ist dabei eine dem Konnexitätsgedanken verpflichtete Planung und Finanzierung notwendig. Zugleich stellen Maßnahmen zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen immer auch eine Investition in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur unseres Landes dar.

Zur solidarischen Finanzierung von Bildungs- und Sozialaufgaben muss die Weiterentwicklung der sozialstaatlichen Handlungslogik treten. Unverändert verwenden wir zu viele Ressourcen auf die nachsorgende Alimentierung großer Bevölkerungsteile, anstatt sehr viel früher in die Teilhabe und Leistungsfähigkeit der betroffenen Menschen zu investieren. Dabei bietet der Anspruch vorsorgender Sozialpolitik allein noch keine hinreichende Gewähr für nachhaltiges Handeln. Erforderlich ist ein insgesamt veränderter und darin von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragener Politikansatz. Er muss die angestrebte Wirkung der Sozialpolitik in den Mittelpunkt stellen und dies sowohl im Leistungssystem als auch auf der Handlungsebene umsetzen. Wir müssen in der Sozialstaatsarchitektur frühzeitig die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen selbstbestimmt und dauerhaft von Transferleistungen unabhängig leben können. Hierzu gehören das von der SPD entwickelte Konzept einer Arbeitsversicherung zur Finanzierung lebenslangen Lernens ebenso wie Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Vor allem müssen wir die Schnittstellen zwischen den Sozialsystemen überprüfen und so gestalten, dass sie keine Menschen ausschließen, sondern Brücken bilden in ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben. Hierzu bedarf es gerade mit Blick auf die Grundsicherungssysteme einer Stärkung vorgelagerter Hilfen, um die stigmatisierende und die Beschäftigungsfähigkeit vermindernde Abhängigkeit betroffener Menschen zu vermeiden.

Auch Inklusion verstehen wir als ein Konzept, das Teilhabe von vornherein ermöglicht. Wir begreifen es als ein zentrales Element der Schaffung sozialer Gerechtigkeit, um Ausgrenzung zu beseitigen und Entwicklungschancen zu eröffnen. Damit ist Inklusion ein zutiefst sozialdemokratisches Anliegen, das es im sozialräumlichen Nahbereich der Kommunen, wo es unmittelbar erfahrbar wird, konsequent umzusetzen gilt. Menschen mit Behinderungen sollen nicht mehr in gesonderten Maßnahmen aufgefangen werden. Wir wollen für ihre Teilhabe Strukturen in allen gesellschaftlichen Lebensreichen öffnen. Dies erfordert Ressourcen, darf sich aber nicht davon abhängig machen. Denn Inklusion kann ebenso Synergien ermöglichen und hängt eng mit den Erfordernissen der demographischen Entwicklung zusammen. Inklusive Infrastruktur – barrierefrei, familien- und seniorenfreundlich – ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen. Ihre Verwirklichung ist dabei vor allem auch eine Haltungs- und Einstellungsfrage. Es geht nicht um den völligen Umbau kommunaler Einrichtungen zu einem Stichtag, sondern um eine Um- und Neugestaltung, die sich Schritt für Schritt vollziehen wird. Als Querschnittsaufgabe bildet Inklusion ein Maßstab bei vielen Entscheidungen, die auch daran auszurichten sind, dass sie ein gemeinsames Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung befördern.

Herausforderungen des demographischen Wandels in Stadt und Land meistern

Mit einer zunehmend älter werdenden und zugleich schrumpfenden Bevölkerung müssen veränderte Antworten auf die Entwicklung unserer Kommunen gefunden werden. Dabei wollen

wir auch die Chancen und Möglichkeiten der demografischen Entwicklung nutzen und sie gezielt fördern. Unsere Städte und Gemeinden werden älter, aber auch bunter und differenzierter. Deshalb wollen wir Quartiere und dörfliche Lebenswelten unterstützen, in denen junge und ältere Menschen gerne zusammenleben und die eine Balance schaffen zwischen den Wünschen der älteren und der jüngeren Generation. Denn dort, wo sich Kinder wohlfühlen, sind auch ältere Menschen gerne zu Hause. Wir wollen sie motivieren, ihre Kompetenzen und Erfahrungen einzubringen.

Dabei gilt: Nicht alle Kommunen entwickeln sich gleich. Bund und Länder müssen sie unterstützen, ohne mit einheitlichen Vorgaben die Situation vor Ort zu überformen. Die lokalen Entscheidungsträger müssen sich ein eigenes Bild über die Bevölkerungsentwicklung machen und auf dieser Grundlage individuelle Strategien entwickeln. Auch hier schafft eine vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik die Möglichkeit, neuen Bedürfnissen gerecht zu werden. So soll ein vielfältiges, zeitgemäßes und qualifiziertes Angebot die Selbständigkeit der älteren Generation erhalten und fördern. Mehrgenerationen-Projekte helfen, damit ältere Menschen länger eigenständig bleiben. Statt einer frühzeitigen Heimunterbringung wollen wir, dass die Menschen durch nachbarschaftliche Hilfen und eine ambulante Pflegeversorgung möglichst lange in ihrem Zuhause leben können. Hierzu bedarf es der Unterstützung lokaler pflegerischer und pflegeergänzender Angebote, die den individuellen Bedürfnissen entsprechen.

Darüber hinaus ist der Umbau von Bestandswohnungen für familien- und altengerechtes Wohnen zu bezahlbaren Preisen und Mieten erforderlich. Die Anpassung der Wohnungsbestände und des Wohnumfeldes an die demographische Entwicklung ist eine ebenso wichtige Aufgabe wie die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den altersgerechten Umbau und die Schaffung eines barrierefreien Umfeldes weiterhin auch von Bundeseite zu fördern. Dabei wollen wir einen besonderen Akzent auf die Information und Beratung der betroffenen Haushalte legen. Wir werden neue Kooperationen zwischen Städten und Gemeinden, Hauseigentümern, sozialen Einrichtungen, Pflegediensten und zivilgesellschaftlichen Initiativen unterstützen. Ältere und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkte Menschen sollen in Nachbarschaften eingebunden bleiben, Dienstleistungen optimiert und technische Neuerungen nutzbar gemacht werden. Familien und Kinder sollen von einem kinderfreundlichen Wohnumfeld – vor allem im Hinblick auf Spiel- und Sportmöglichkeiten – profitieren.

Bei alledem sind es nicht nur, aber in vielen Regionen gerade die ländlichen Räume, die vom demographischen Wandel besonders stark betroffen sind. Auch hier aber haben die Menschen einen Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse und -chancen. Dies beinhaltet keine Verpflichtung zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse, jedoch die Gewähr für Teilhabe – auch auf unterschiedlichen Wegen – und Chancengleichheit. Stadt und Land verstehen wir dabei nicht als Gegensatz, sondern als sich ergänzende Einheit unterschiedlicher Funktionen und Potenziale. Eine solidarische Strukturpolitik konzentriert sich in diesem Zusammenhang auf die Bekämpfung von Strukturschwäche, ganz gleich, wo sie zu Tage tritt. Sie wird dem Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse und -chancen gerecht, rückt aber die Eröffnung neuer Entwicklungsperspektiven in den Mittelpunkt.

Dabei bieten weder die bloße Fortschreibung der gegebenen Ausstattungsniveaus noch der gleichmäßige Rückzug aus der Fläche geeignete Handlungsansätze. Stattdessen muss sich die erforderliche Umstrukturierung und Weiterentwicklung von Stadt und Land an der Schaffung

neuer Wachstumsperspektiven orientieren. Auch entlegene Gebiete und Orte sollen Entwicklungschancen ergreifen können. Ein solcher Politikansatz setzt verstärkt auf Anreizstrukturen und das Vorhandensein von politischen Ideen und Engagement. Damit verbindet sich eine aktive Unterstützung der Entwicklung ländlicher Räume durch Bund, Länder und die europäische Politik. Wichtig sind hier insbesondere die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgaben im Sinne einer integrierten Förderung ländlicher Räume und die Stärkung der zweiten Säule der europäischen Agrarförderung, die ebenfalls zu einem Instrument integrierter ländlicher Entwicklung ausgebaut werden muss. Zugleich wollen wir durch gezielte Infrastrukturmaßnahmen – etwa die Förderung des flächendeckenden Breitbandanschlusses für Internetverbindungen – verhindern, dass sich Entwicklungsunterschiede weiter vergrößern.

Bezahlbare Mieten sichern, die soziale Stadt gestalten

Die soziale Stadtentwicklung ist Grundlage und Voraussetzung für Innovation, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit. Die soziale Gesellschaft beginnt im unmittelbaren Lebensumfeld, dem Quartier. Dort gilt es, für ausreichend gute und bezahlbare Wohnungen zu sorgen und Zusammenhalt, sozialen Ausgleich, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen. Wir müssen verstärkt in Quartieren denken und handeln.

Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. Deswegen muss es uns alarmieren, wenn Wohnraum in immer mehr Städten knapp und für untere und mittlere Einkommensgruppen unerschwinglich wird. Wenn Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner in den Innenstädten keine Wohnungen mehr finden und aus ihren Wohnungen verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung der Städte. Wir brauchen eine Handhabe gegen unverhältnismäßig hohe Mietpreissteigerungen im Zuge von Neuvermietungen wie auch gegen unverhältnismäßige Erhöhungsspielräume bei bestehenden Mietverträgen sowie Strategien zum Erhalt von durchmischten Quartieren.

Deshalb brauchen wir ein Maßnahmenbündel. Einerseits muss ausufernden Entwicklungen der Mieten in angespannten Wohnungsmärkten auch durch verstärkte Begrenzungen im Mietrecht begegnet werden. Dieses dient dem notwendigen Schutz der Mieterinnen und Mieter. Andererseits brauchen wir eine Verstärkung des Wohnungsbaus und hierbei insbesondere auch von preiswerten Wohnungen. Deshalb benötigen wir Konzepte, die es erlauben, gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft auch künftig sozial gesicherten Wohnraum zu erhalten und neu zu schaffen.

Vom Bund erwarten wir, dass er sich mit den sogenannten Entflechtungsmitteln für die soziale Wohnraumförderung auch in der Zukunft an dieser Aufgabe beteiligen wird. Von den Ländern erwarten wir, dass sie entsprechende Wohnungsbauförderprogramme auflegen und diese Mittel zweckgebunden verwenden. Von den Kommunen erwarten wir, dass sie erforderliches Bauland bereitstellen und sich in kommunalen Wohnraumkonzepten stärker mit der Frage des Auslaufens von Belegungsbindungen in den Beständen, einer engen Kooperation mit den Wohnungsunternehmen und den übrigen Instandhaltungs- und Modernisierungsanforderungen auseinandersetzen. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns für starke kommunale Wohnungsunternehmen aus, um notwendige Versorgungsaufgaben wahrzunehmen, die

Entwicklung neuer Dienstleistungen rund ums Wohnen voranzubringen und nicht zuletzt um sie als Partner in Stadtumbau- und Stadtentwicklungsprozessen zu haben.

Neben die Schaffung ausreichenden bezahlbaren Wohnraums tritt die Notwendigkeit, auf der Ebene benachteiligter Stadtteile neue Perspektiven für die dort wohnende Bevölkerung zu schaffen. Es gehört zu den traditionellen Aufgaben der Städtebauförderung, in diesen Gebieten zu einer Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse beizutragen. Dabei hat sich das Teilprogramm „Soziale Stadt“ als wichtige Unterstützung zur Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner und zur Schaffung einer sozialen Infrastrukturlandschaft etabliert. Es geht um eine ressortübergreifende, sich an dem Sozialraum orientierende integrierte Stadtteilentwicklungspolitik. Deshalb fordern wir den Bund auf, die Städtebauförderung in der anstehenden Legislaturperiode wieder zu erhöhen und als Leitprogramm „Soziale Stadt“ mit mehr Mitteln auszustatten.

Verkehrsinfrastruktur erhalten, Mobilität in Städten und ländlichen Räumen sichern

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) stellt einen wesentlichen Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge dar, dessen Finanzierung auch durch Bund und Länder gewährleistet werden muss. Das Ausmaß des Instandhaltungs- und Erneuerungstaus gerade auch im Bereich der kommunalen Verkehrsinfrastruktur nimmt ständig zu. Er verweist ebenfalls auf den immensen Finanzierungsbedarf und das Erfordernis, Städte, Gemeinden und Kreise auch fiskalisch in die Lage zu versetzen, ihren Investitionsaufgaben nachkommen zu können.

Die Verkehrsentwicklung ist eine entscheidende Facette integrierter Stadt- und Siedlungsentwicklung. Die Entwicklung der Raum- und Siedlungsstruktur sollte sich an dem Leitbild einer kompakten Stadt der „kurzen Wege“ orientieren. Ziele sind eine Stärkung der Nutzungsmischung, eine polyzentrische Stadtentwicklung mit starken Nebenzentren, eine reduzierte Suburbanisierung mit Orientierung der Siedlungsentwicklung an den Haltepunkten des Schienenpersonennahverkehrs sowie eine barrierearme Gestaltung öffentlicher Räume.

Wir benötigen Antworten für einen verbesserten Lärmschutz und eine Erhöhung der Verkehrssicherheit. Die ständige Erneuerung und Instandsetzung der Verkehrswege muss für qualitative Verbesserungen genutzt werden, angefangen von einer Minderung der Lärmquellen durch andere Straßenbeläge bis hin zur Schaffung von Radwegen, -spuren und neuen Verkehrsmischflächen. Wir wollen mehr Lebensqualität bei flexiblerer und sichererer Mobilität. Dazu müssen wir weiterhin den Verbund von ÖPNV, Rad- und Fußwegen in unseren Städten stärken.

Neue Mobilitätsformen, wie Ergänzungsangebote in Form von „öffentlichen Fahrrädern oder Pkws“, bieten eine attraktive Ergänzung zu bestehenden Angeboten des öffentlichen Verkehrs. Sie können zugleich ein geeignetes Feld für die Anwendung von Fahrzeugen mit neuen Antriebstechnologien, wie z.B. Pedelecs und Elektroautos, sein. Gleiches gilt für andere Modelle des Carsharing und der gemeinsamen Nutzung von Verkehrsmitteln.

Das entscheidende Instrument zur Sicherstellung der Mobilität der Bevölkerungsgruppen ohne PKW ist auch in ländlichen Räumen der ÖPNV. In vielen Regionen konzentriert sich der ÖPNV auf die Schülerbeförderung. Das Busliniennetz und regionale Schienenverkehrsangebote sind begrenzt und werden immer weiter ausgedünnt. Vor diesem Hintergrund muss eine Qualifizierungsstrategie des ÖPNV in ländlichen Räumen verschiedene Wege parallel verfolgen. Im Mittelpunkt einer Vernetzung von flexibilisierten Angeboten von Linienverkehren im vertakteten Netz, verschiedenen Angeboten von Bedarfsverkehren bis hin zu allen Formen „Selbstorganisierter Mobilität“ sollten regionale Mobilitätszentralen als Kernorganisatoren eines vernetzten Verkehrsmanagements stehen.

Eine leistungsfähige Daseinsvorsorge für die Menschen gewährleisten

Wirtschaftlicher Strukturwandel und demographischer Wandel führen in strukturschwächeren und dünnbesiedelten Räumen zu einer Ausdünnung von Angeboten der Daseinsvorsorge und deren Erreichbarkeit. Daraus resultieren einerseits erhöhte Mobilitätsanforderungen, die mit einem verringerten Angebot von Linienverkehren befriedigt werden sollen und die Notwendigkeit der Flexibilisierung und Vernetzung der bestehenden Angebotsformen nach sich ziehen. Andererseits müssen wir durch neue Angebote die Erreichbarkeit wichtiger zentralörtlicher Funktionen und Aufgaben der Nahversorgung verbessern. Dazu zählen z.B. flexible und mobile Formen der Infrastruktur, wie mobile Verwaltungsangebote, Ärzte, Krankenschwestern, Büchereien, Lebensmittelgeschäfte, die die Nachfrage und damit die Verbraucher aufsuchen.

Wir fordern ein abgestimmtes Handeln aller staatlichen Ebenen, um die Versorgung dünn besiedelter Räume mit Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge abzusichern. Hier stehen der Bund und die Länder, ebenso aber die Europäische Ebene in der Pflicht, um mit bedarfsgerechten Ressourcen, geeigneten Anreizen und rechtlichen Regelungen den Anspruch gleichwertiger Lebensverhältnisse umzusetzen. Zentrale Bedeutung kommt dabei der verkehrlichen und kommunikationstechnischen Erreichbarkeit zu. Notwendig sind deshalb eine verlässliche Förderung von Infrastruktur und leistungsfähigen Mobilitätskonzepten wie auch der zügige Ausbau einer flächendeckend hochleistungsfähigen Breitbandversorgung. Wir brauchen geeignete Förderinstrumente und rechtliche Regelungen, um in der Fläche mit der technologischen Entwicklung Schritt halten und als Kommune diesen Prozess maßgeblich mit steuern zu können. Ebenso müssen Bund und Länder durch gezielte Förderung, die Eröffnung flexiblerer Trägerformen und neue Kooperationsspielräume dazu beitragen, im Bildungs- und Gesundheitsbereich ein ausgewogenes und qualitativvolles Leistungsangebot aufrecht zu erhalten.

In unserer Gesellschaft gibt es eine gewachsene Tradition, zahlreiche Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge durch kommunale und öffentliche Einrichtungen und Unternehmen zu erbringen. Dieses gilt für den Bereich der technischen Infrastruktur genauso wie für zahlreiche soziale Dienstleistungen einschließlich des Bildungssektors, des Gesundheitswesens, der Justiz und der Sicherheit. Viele dieser Unternehmen und Einrichtungen haben sich in der Vergangenheit bewährt und genießen das Vertrauen der Bevölkerung. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Infrastruktur unserer Gesellschaft und damit zu deren Zukunftsfähigkeit. Deshalb muss die kommunale Daseinsvorsorge vor zu weit reichenden Regelungen des Gemeindefinanzrechts in den sogenannten Subsidiaritätsklauseln genauso geschützt werden wie vor einer zu weit reichenden Anwendung der Regularien des

Europäischen Wettbewerbs-, Beihilfe- und Vergaberechtes auf die kommunale Daseinsvorsorge in Deutschland.

Vielfalt gestalten, Integration als Chance nutzen

Die Integration zuwandernder Menschen ist eine Chance für unser Land. Zuwanderung macht unser Leben reicher. Aufgrund der demographischen Entwicklung werden wir in Zukunft noch stärker darauf angewiesen sein, junge und talentierte Fachkräfte für ein Leben in Deutschland zu gewinnen. Das kann nur mit einer echten Willkommenskultur gelingen, für die wir uns offensiv einsetzen. Ziel unserer Integrationspolitik ist daher die uneingeschränkte Teilhabe aller Menschen am Leben in unseren Kommunen – unabhängig davon, woher sie kommen, wie viel Geld sie haben, woran sie glauben oder wie sie aussehen. Wir wollen eine vielfältige und bunte Gesellschaft, in der sich die Menschen im wechselseitigen Respekt begegnen. Wir wissen aber auch: Das Zusammenleben in Vielfalt funktioniert nicht von alleine. Es braucht verbindliche Regeln und will verantwortungsvoll gestaltet werden. Akzeptanz, Solidarität und die Verwirklichung gleicher Rechte und Pflichten, Chancen und Möglichkeiten bilden die Voraussetzung.

Nach wie vor sind Menschen mit Migrationshintergrund in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt und besonders häufig von Armut bedroht. Erfolgreiche Integrationspolitik heißt daher vor allem auch sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Passgenaue Bildungsangebote und Sprachförderung müssen einen besonderen Schwerpunkt kommunaler Integrationspolitik bilden. Wir müssen darüber hinaus die interkulturelle Öffnung der kommunalen Verwaltung weiter voranbringen, den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst erhöhen und die interkulturelle Fortbildung der Beschäftigten gewährleisten. Eine Verwaltung, die sensibel mit kulturellen und sozialen Unterschieden umgehen kann, ist gut für alle Bürgerinnen und Bürger. Dies betrachten wir auch als Auftrag und Verpflichtung an uns selbst: Wir wollen noch mehr Menschen mit Migrationshintergrund dafür gewinnen, in Partei und Fraktionen Verantwortung zu übernehmen. Wir fordern das kommunale Wahlrecht auch für Menschen, die von außerhalb der Europäischen Union zu uns gekommen sind.

Wir wissen: Teilhabe und Integration gelingen oder scheitern dort, wo Menschen zusammenleben: vor Ort in unseren Städten und Gemeinden, in unseren Quartieren und Ortsteilen. Zugleich liegen die wesentlichen Rahmenbedingungen außerhalb der örtlichen Gestaltungsmacht der Kommunen. Deshalb muss Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgaben begriffen und gesamtstaatlich getragen werden. Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass vor Ort Integration sofort beginnen kann und die dafür benötigten Ressourcen zur Verfügung stehen. Gerade mit Blick auf eine anhaltende Armutszuwanderung aus Südosteuropa in einige Städte stehen der Bund und die Länder in der Verantwortung, die betroffenen Kommunen mit einem Sofortprogramm zu unterstützen. Darüber hinaus müssen wir Maßnahmen ergreifen, wo Leistungsmissbrauch, kriminelle Strukturen und Ausbeutung Integration behindern und zulasten der Zuwandernden gehen. Im europäischen Rahmen bedarf es einer klaren Problemsprache gegenüber den Herkunftsländern, die die Lebensverhältnisse der Menschen in ihrer Heimat verbessern müssen.

Gute Arbeit und eine starke Wirtschaft vor Ort fördern

Die SPD hat sich für die angehende Legislaturperiode zum Ziel gesetzt, die notwendigen Weichenstellungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stellen. Dazu zählen neben soliden öffentlichen Finanzen notwendige Reformen im Sozialstaat und auf dem Arbeitsmarkt, die insbesondere durch die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns die Erwerbsarmut bekämpfen, um so die Anspruchnahme von Sozialleistungen zu vermindern und die Sozialversicherungssysteme zu stabilisieren. Ein gerechtes Rentensystem und die Angleichung der Bezüge in West und Ost sollen Altersarmut bekämpfen. Gerade die Kommunen werden von dieser Politik profitieren, da hierdurch wichtige Voraussetzungen für soziale Stabilität geschaffen und Folgekosten reduziert werden.

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung beruflicher Perspektiven für die Menschen bleibt für die SPD eine herausragende politische Aufgabe. Wir wollen gute Arbeit in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Und wir wollen guten Lohn für gute Arbeit. Dies gilt sowohl für städtisch geprägte Ballungsräume als auch für den ländlichen Bereich. Qualifizierte und hoch motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schaffen die Voraussetzungen für Wachstum und wirtschaftliche Erneuerung. Hinzutritt die Sicherung des Fachkräftenachwuchses. Deshalb gehören zu nachhaltiger Wirtschaftsförderung auch die Unterstützung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch neue Arbeitszeitmodelle, die Förderung von Teilzeitangeboten für Männer und Frauen und der Ausbau der Kinder- und Ganztagesbetreuung.

Hierauf muss sich Wirtschafts- und Strukturpolitik in allen Teilen unseres Landes konzentrieren. Dies gilt für Metropolen, urbane Regionen und ebenso für den ländlichen Raum. Dabei darf der kommunale Handlungsrahmen nicht an den Grenzen der Gebietskörperschaften enden. Die Zusammenarbeit und die Vernetzung in den Regionen unseres Landes stärken den Wirtschaftsstandort Deutschland. Regionale Strukturpolitik, die Konzentration auf Leitmärkte und regionale Zukunftsfelder und die Förderung von gemeinsamen Initiativen der Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Unternehmensverbände und Gewerkschaften sind ein Markenzeichen zukunftsorientierter Wirtschaftsförderung. Wir sehen Unternehmen als Partner und legen deshalb großen Wert auf eine enge Beziehung zum kommunalen Umfeld. Auch deshalb treten wir für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer nach dem Kommunalmodell ein, da sie ein enges Band zwischen Betrieben vor Ort und ihren Standortkommunen knüpft. Von Bundesseite werden wir diese Ansätze gezielt fördern und die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und mit anderen Akteuren unterstützen.

Neben den privaten Akteuren nehmen auch die Kommunen selbst als Arbeitgeber und große Investoren eine wichtige Rolle im Wirtschaftsgeschehen ein. Kommunale Behörden und Betriebe bieten gute Arbeit. Mit ihrer Forderung nach einer Stabilisierung der kommunalen Finanzen will die SPD einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass dies so bleibt und wir einen öffentlichen Dienst in Städten, Gemeinden und Kreisen erhalten, der sich durch faire und tarifgebundene Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze, hohe Ausbildungsquoten und die Übernahme der Ausgebildeten, attraktive Entwicklungsperspektiven für die Beschäftigten sowie eine ausreichende Personalausstattung kommunaler Einrichtungen auszeichnet. Darüber hinaus leisten der Abbau des hohen Investitionsstaus und erhöhte Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur wichtige Impulse für die regionale Wirtschaft. Kommunale Unternehmen sind bedeutende Arbeitgeber und stellen viele Ausbildungsplätze zur Verfügung. Eine starke Kommunalwirtschaft ist deshalb weniger Konkurrent als vielmehr Partner der Unternehmen vor Ort. Die SPD tritt dafür ein, gute und

verlässliche Rahmenbedingungen für diesen wichtigen Sektor unserer Volkswirtschaft zu erhalten und im Interesse einer sicheren und diskriminierungsfreien Bereitstellung öffentlicher Güter zu verbessern.

Die kommunale Rolle in der Energiewende stärken, den Umbau vernünftig gestalten

Keine Energiewende ohne starke Kommunen, Stadtwerke und dezentrale Strukturen. Deshalb muss ein Markt- und Ordnungsmodell entwickelt werden, das für noch längerfristig erforderliche – vor allem neue, flexibel reaktionsfähige – Kapazitäten konventioneller Kraftwerken eine hinreichende Wirtschaftlichkeit darstellt und auf die jeweils erreichte Marktintegration erneuerbarer Energien schrittweise reagieren kann. In diesem Markt- und Ordnungsmodell müssen der Vorrang und die Förderung der Erneuerbaren Energien genauso berücksichtigt sein, wie die Belange der mittelfristig notwendigen konventionellen Produktion.

Die Erneuerbaren Energien stellen für viele Kommunen eine große Chance dar, regionale Wertschöpfung zu generieren. In diesem Zusammenhang ist es ökonomisch sinnvoll, die Erneuerbaren Energien in die Energieversorgung der Kommunen einzubinden.

Durch eine Weiterentwicklung der Netzentgeltregulierung an die Erfordernisse des Netzausbaus und deren informationstechnischen Unterlegung müssen bessere Anreize für Investitionen in die Verteilnetze gesetzt werden.

Wir brauchen eine in sich schlüssige Umbaustrategie für Städte und Gemeinden, die CO²-Minderungspotenziale in allen Bereichen erschließt. Das fängt bei der Energieerzeugung mit erneuerbaren Energieträgern an, führt über die Ausrichtung des (Stadt-)Verkehrs auf eine nachhaltige, energiesparende Mobilität und setzt sich fort bei der energetischen Sanierung des kommunalen und privaten Gebäudebestandes.

Im Bereich der energetischen Gebäudesanierung droht ein zu weit reichender gesetzlicher Zwang im Bestandsbereich das Investitionsverhalten negativ zu beeinflussen und unerwünschte Mietsteigerungen nach sich zu ziehen. Die Möglichkeit des Einsatzes von Fördermitteln und verbesserten Finanzierungsinstrumenten muss mit der Frage verbindlicher Auflagen in ein angemessenes Gleichgewicht gebracht werden.

Um die komplexen Strukturen bei Eigentümern und Siedlungsformen in Bestandsgebieten zu erreichen, bedarf es einer veränderten Strategie, die über den Quartiersbezug ansetzt. Ziel muss es sein, in einem Quartier unter Einbeziehung der Bewohner und Eigentümer und anderer wichtiger Akteure im Rahmen einer ausführlichen Bestandsaufnahme der lokalen Situation diejenigen Maßnahmen herauszuarbeiten, die den höchsten Effizienzvorteil mit sich bringen und zugleich finanzierbar und machbar sind. Um die Finanzierung so geplanter Maßnahmen zu unterstützen und soziale Belastungen zu vermeiden, sollte die Bildung eines Energieeffizienzbudgets als neuer Förderansatz dienen, welches in den Kommunen für die quartiersbezogene energetische Erneuerung auf Basis integrierter Energiekonzepte eingesetzt werden kann.

Für die Kommunen ist eine Sicherung der Höhe der Konzessionsabgaben eine fiskalische Notwendigkeit. Wir streben eine Novellierung der Konzessionsabgabenverordnung mit einer mengenunabhängigen Konzessionsabgabe an, damit Energiesparen sich nicht schädlich auf die Konzessionsabgaben auswirkt.

Die Finanzkraft der Kommunen stärken

Damit die Menschen und ihre Familien in unseren Kommunen sicher leben, damit sie gute Schulen und frühkindliche Förderung erhalten, bezahlbaren Wohnraum finden, ein leistungsfähiges Verkehrsangebot und andere Einrichtungen nutzen können, brauchen die Städte, Gemeinden und Kreise eine stabile und verlässliche Finanzausstattung. Dies gilt umso mehr, als die Unterschiede in der Wirtschafts- und Finanzkraft zwischen Ländern und Regionen stark zugenommen haben. Trotz Rekordsteuereinnahmen öffnet sich die Schere zwischen armen und reichen Kommunen immer weiter. Es besteht ein Investitionsstau bei Straßen, Schulen und öffentlichen Einrichtungen von über 130 Mrd. Euro. Inzwischen sind beinahe 50 Mrd. Euro an Kassenkrediten aufgelaufen. Sie dokumentieren, dass zahlreiche Kommunen strukturell nicht mehr dazu in der Lage sind, ihre Haushalte Jahr für Jahr auszugleichen. Und auch die meisten Länder sind damit überfordert, diese Unterschiede aufzufangen. Steigende Sozialausgaben, Herausforderungen des demographischen und wirtschaftlichen Strukturwandels, der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur und die Finanzierung von Zukunftsaufgaben in den Bereichen Bildung, Forschung und Energie verlangen deshalb gemeinsame Anstrengungen.

Die SPD begreift es als gesamtstaatliche Aufgabe, zusammen mit den Ländern und Kommunen für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu sorgen. Die soziale Stabilität, unser Wohlstand und wirtschaftlicher Erfolg beruhen ganz wesentlich auf Solidarität und gemeinsamen Investitionen in unsere Zukunft. Wir verfolgen das Leitbild eines solidarischen Föderalismus, der unser Wachstums- und Wirtschaftsmodell erhält und ihm nicht durch wechselseitige Abgrenzung die Grundlage entzieht. Diese Politik muss an der Basis in den Kommunen ansetzen. Sie müssen wir in die Lage versetzen, vor Ort gleichwertige Lebenschancen, Inklusion, soziale Sicherheit und den Zugang zu Bildung zu gewährleisten. Hierbei stehen alle staatlichen Ebenen in der Pflicht. Weder der Bund noch die Länder und am allerwenigsten die Kommunen selbst sind dazu in der Lage, diese Herausforderungen allein zu bewältigen. Wir wollen sie daher gemeinsam, dauerhaft und nachhaltig dazu befähigen, ihre heutigen und künftigen Aufgaben zu schultern.

Die SPD hat auf diese Herausforderung als erste und bislang einzige Partei substantiell reagiert. In der vergangenen Legislaturperiode kam eine Entlastung der Kommunen durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ganz wesentlich auf unsere Initiative hin zustande. Zugleich haben wir die wiederholten Angriffe auf die Gewerbesteuer als wichtigste kommunale Steuereinnahme erfolgreich abgewehrt. Darüber hinaus haben wir mit einem Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen in Deutschland ein Konzept vorgelegt, mit dem die Kommunalfinanzen nachhaltig und dauerhaft abgesichert werden können. Durch einen Dreiklang aus weiterer Sozialkostenentlastung, stabilen Einnahmen und flankierenden Investitionshilfen insbesondere für finanz- und strukturschwache Kommunen bekämpfen wir die strukturelle Unterfinanzierung. Setzen wir

diesen Pakt um, wird er als ein soziales und investives Konjunkturprogramm wirken, das Zusammenhalt, Wachstum und Wohlstand fördert.

(3) Unser Engagement - für eine lebendige und aktive Demokratie vor Ort

Die repräsentative lokale Demokratie mit ihren Tausenden ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern ist der Grundstein unserer Demokratie und Bürgergesellschaft. Sie ist wichtiger Bestandteil bürgerschaftlichen Engagements. Diese demokratische Tradition lokaler repräsentativer Vertretungen muss bewahrt und weiterentwickelt werden.

Zentral für die SPD ist die solidarische Bürgergesellschaft. Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich vor allem dort an sozialen und politischen Entwicklungen, wo es sie unmittelbar betrifft: in ihrer Gemeinde, in ihrem Stadtteil. Ein wesentliches Merkmal unserer Partizipationspolitik zielt daher darauf, die lokale Demokratie zu stärken. Grundlage dafür ist die kommunale Selbstverwaltung durch gewählte Repräsentantinnen und Repräsentanten. Dieses System hat sich in vielen Jahrzehnten bewährt, es ist das Fundament unserer Demokratie. Ergänzend sehen die Gemeindeordnungen plebiszitäre Entscheidungsformen, wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, vor. Dieses ausgewogene Verhältnis von repräsentativer Demokratie im Regelfall und direkter Demokratie als Ergänzung sehen wir auch in der Zukunft als Basis einer lebendigen kommunalen Selbstverwaltung.

Kommunalpolitik muss zwischen den verschiedenen einzelnen Interessen und Bevölkerungsgruppen vermitteln und die gesellschaftlichen Kräfte zusammenführen, um Zukunftsfragen gemeinsam vor Ort zu lösen. Daher setzen wir auf eine frühzeitige Bürgermitwirkung. Kooperative Formen der Demokratie, d.h. die vielfältige Mitwirkung unterschiedlicher Bürgergruppen bereits im Vorfeld von Entscheidungen, werden ein immer wichtigeres Element kommunalpolitischen Handelns. Erfolgreiche Bürgermitwirkung zeichnet sich durch eine frühzeitige Information und Transparenz über das Verfahren sowie dessen Ziele und Inhalte aus.

Am 25. Mai 2014 finden in 10 Bundesländern Kommunalwahlen statt. Bereits am 16. März 2014 werden die kommunalen Vertretungskörperschaften in Bayern gewählt. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden sich für ein Mandat in den Räten und Kreistagen bewerben, um Verantwortung für ihre Städte, Gemeinden und Kreise zu übernehmen. Wir unterstützen Euch bei diesem gesellschaftspolitisch so wichtigen Engagement. Wir werden die breite Verankerung in unseren Kommunen unter Beweis stellen. Die SPD ist die Kommunalpartei in Deutschland!

